

Die Regierung und das Parlament.

Eine Erklärung des Ministerpräsidenten.

„Die Herstellung voller verfassungsmäßiger Zustände, die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen dazu, die Bahnung des Weges zum Parlament, wird das hohe Ziel der Regierung bilden.“ So sagte Graf Clam-Martinich in der Erklärung, mit der er in erster Zeit, der großen Verantwortung bewußt, die Regierung antrat. In dieser programmatischen Erklärung versprach Graf Clam-Martinich auch, die höchste Fürsorge dem Volksernährungsproblem zuzuwenden, und man weiß, daß er diesen wichtigen Teil seiner Regierungsabsicht sehr rasch durch die Schaffung des Amtes für Volksernährung mit einem Minister an der Spitze durchgeführt hat. Die auf diesem und nicht allein auf diesem Gebiete befindete Latenzkraft der Regierung war wohl mit ein Grund, daß die Parteien des Volkshauses in ihren Beratungen die Frage der Wiedereinberufung des Reichsrates gleichfalls einer beschleunigten Lösung zugebracht sehen wollten und ihrem diesbezüglichen Wunsch lebhaft Ausdruck gaben. Einem Wunsche, der nicht nur der Wunsch der Parteien, sondern der Wunsch der Öffentlichkeit ist, der überdies so selbstverständlich und natürlich erscheint, daß ihm andre als rein sachliche Motive überhaupt nicht zugemutet werden könnten. In der letzten Zeit hat nun die Erwägung, daß die Legislaturperiode des Parlaments sich dem Ende nähert, die Deutsche Arbeitsgemeinschaft bewogen, bei der Regierung über ihre Stellungnahme zu diesem Termin anzufragen.

Man weiß, daß der Ministerpräsident an einer leichten Erkältung leidet, aber trotz der Strapazen, die er an der Front mitmachte und die ihm Schonung auferlegen, unermüdet und pflichteifrig seines Amtes waltet. So hat sich denn Graf Clam auch beeilt, die Vorstände der deutschen Arbeitsgemeinschaft gastlich zu empfangen. Diese Bereitwilligkeit, vollste Aufklärung zu geben, und der Inhalt der Antwort des Grafen Clam werden nicht verfehlen, allgemein den erwünschten Eindruck zu machen. Die Stellung des Grafen Clam zum Parlament und zu den Parteien wird durch den Empfang und durch die Mitteilungen, die er den Vorständen der deutschen Arbeitsgemeinschaft machte, neuerdings in der klarsten und politisch wertvollsten Art gekennzeichnet. Graf Clam hat nämlich mit vornehmer Sicherheit betont, es sei selbstverständlich, daß er als Kabinettschef an seiner programmatischen Erklärung festhalte und daß er es als einen Akt der Unloyalität betrachten hätte, bei einem Abgehen von seiner Stellungnahme nicht rechtzeitig die berufenen Vertreter des Parlaments in Kenntnis zu setzen. Die Achtung vor dem eigenen Programm und die Achtung vor dem Parlament kommen in den Mitteilungen des Ministerpräsidenten in gleich bedeutsamer Weise zum Ausdruck. Sie werden wohl nicht verfehlen, gewisse Nervositäten, die nicht tragisch genommen werden müssen, weil die Kriegslust fast allgemein die Stimmung etwas erregter gestaltet hat, zu sämstigen und die Zusammenarbeit aller berufenen Elemente zu stärken, um die Erklärung des Grafen Clam über das Parlament bei seinem Regierungsantritt — die wir an die Spitze dieser Zeilen gesetzt haben — nach dem Wunsche des Ministerpräsidenten und der Öffentlichkeit zur möglichst raschen Verwirklichung zu bringen. Der Empfang der Vorstände der deutschen Arbeitsgemeinschaft beim Ministerpräsidenten bekräftigt neuerdings die sachliche Entschiedenheit und die ruhige Energie, mit der Graf Clam

den schweren Weg, den ihm die Zeit vorschreibt, weiter schreitet, um sein Programm, das bei der Verkündung allgemeine Zustimmung fand, Punkt für Punkt auszuführen.

Die Vorstandsmitglieder der Deutschen Arbeitsgemeinschaft, die Abgeordneten Dr. Dinghofer, Ritter von Panz und Dr. Baber, sprachen gestern unter Führung des Obmannes Abg. Denz beim Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinich vor und stellten namens dieser parlamentarischen Vereinigung an denselben die Frage, wie sich die Regierung im Hinblick auf die durch die gesetzlich ablaufende Sessionsperiode gegebene Terminierung zur Frage der Einberufung des Reichsrates stelle.

Der Ministerpräsident erklärte, daß er es nicht für notwendig gehalten habe, bis nun diesbezüglich erneuerte Erklärungen abzugeben, da die Regierung nach wie vor unentwegt an der ersten und einzigen Regierungserklärung festhalte und diese hinsichtlich der Stellung der Regierung zum Parlament doch in unzweideutigster Weise Aufklärung geboten habe. Der Ministerpräsident hätte es als einen Akt der Unloyalität betrachtet, von der bisher eingenommenen Stellung abzugehen, ohne rechtzeitig die berufenen Vertreter des Parlaments davon in Kenntnis gesetzt zu haben. Allerdings könne die Regierung verzettelt den Termin der Einberufung noch nicht festlegen, halte sich aber den Ablauf der Sessionsdauer vor Augen und sei gewiß darauf bedacht, dem zu berufenden Reichsrate die für bringende Arbeiten nötige Zeit einzuräumen.

Mit dem Ministerpräsidenten, welcher der Abordnung die Versicherung gab, daß es ihn jederzeit freue, die Fühlung mit berufenen Vertretern des Parlaments aufrechtzuhalten, wurde im Verlaufe der Besprechung eine Reihe innerpolitischer und wirtschaftlicher Fragen erörtert.